

Helft Leningrad! Stoppt die Winterhilfe!

In der Stadt Leningrad sind neunhunderttausend Menschen verhungert und erfroren. Das war allerdings nicht in diesem Winter. Das war in den drei Wintern der Jahre 1941 bis 1944, als deutsche Soldaten die Stadt neunhundert unbarmherzige Tage lang belagerten und bombardierten. Neunhundert Tage lang weigerte Leningrad sich, in die Hand der Nazis zu fallen. Neunhundert Tage brauchte Leningrad, die Stadt, in der im Oktober 1917 das Eis der Geschichte brach, die Geburtsstadt der Arbeitermacht, die Stadt, die von den Fabrikherren und Ausbeutern der ganzen Welt am besten gehaßt wurde, um sich zu befreien.

Sechsendvierzig Jahre später können es die Leningrader nun nicht mehr verhindern, daß Transall-Flugzeuge der deutschen Luftwaffe die tonnenschwere Last großdeutscher Barmherzigkeit abladen über ihrer Stadt. „Die Besatzungen führen keine Waffen mit“, betont die Süddeutsche Zeitung.¹ Das ist 46 Jahre nach Leningrad auch nicht mehr und noch nicht wieder nötig. (Obwohl im Bonner Verteidigungsministerium noch immer nicht ausgeschlossen wird, in einer „Aktion Gulaschkanone“ „bewaffnete Militärkonvois gen Rußland zu schicken“.²) Während der Bayrische Rundfunk die aktuelle Spendenliste der „Rußlandhilfe“ jeweils mit dem Lied „We are the champions“ (Wir sind die Sieger) feiert, erläutert Egon Bahr, SPD-Spezialist für Frieden und Sowjetunion, durchaus zufrieden, daß die westliche Politik seit der Oktoberrevolution ja immer nur eines gewollt hat: Die Sowjets an die Wand zu drücken bis sie quiet-schen, und jetzt endlich, Gottseidank!, „und jetzt quiet-schen sie“.³

Die Firma Beiersdorf spendet tonnenweise Deodorant; der Betriebsrat von AKZO

in Wuppertal sammelt 41 865 Mark, die die Geschäftsleitung auf 84 000 Mark erhöht;⁴ der DGB beschließt, mit von der Partie zu sein; überall folgen Betriebsräte der Aufforderung von Franz Steinkühler im ZDF: „Ich rufe alle Metaller auf, spendet für die Sowjetunion!“⁵ und machen gemeinsame Sache mit ihnen – ansonsten wenig wohlthätigen – Firmenleitungen; die bayrische Polizei fährt im Konvoi nach Moskau,⁶ der Bundesgrenzschutz und die Bundeswehr spendieren die vergammelten Kommißbrote der „Mobilmachungsreserve“, – da wird das Spendenziel der Winterhilfe bald erreicht sein:

„Woran Hitler einst scheiterte – die Sowjetunion zu zerschlagen – es ist beinahe erreicht“, meldet der „Spiegel“ soweit schon Vollzug.⁷

**Erst „Ein Herz für Tiere“, dann „Ein Herz für Kinder“,
am Schluß „Ein Herz für Rußland“.**

„Ich weiß nicht, liebe Genossen“, sagte die Arbeiterin Saschi Umalatowa auf dem Volksdeputiertenkongreß im Kreml. „viel-



Wo steht die Front!

„Zonguldak wird das Grab der Regierung.“ So sagen es die Minenarbeiter. Und so handeln sie. Seit Ende November stehen die staatlichen Kohlen-gruben am Schwarzen Meer in der Türkei still. 48 000 Bergarbeiter stehen im Streik. Wie immer hatte die Regierung auf die Forderungen der Arbei-

ter für ein menschenwürdiges Leben nur eine Antwort: Ihr werdet es nicht bekommen. 250 Mark im Monat fürs Leben hat zu reichen. Die Toten im Bergwerk sind Arbeiterschicksal. Özal, der faschistische Staatspräsident, der seine Lehrjahre als Chef des Arbeitgeberverbandes Metall absolvierte, tat nur,

was er immer tat. Er verweigerte den Bergarbeitern bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn.

Seit über einem Jahrzehnt erstickt die Regierung jeden Widerstand im Blut. Verbot sie und verfolgte sie jede Arbeiterorganisation, ob Gewerkschaft oder politische Partei. Also warum mit den Bergarbeitern anders verfahren? Zehntausende Polizisten, von Bonn bewaffnet, wurden gegen die Stadt Zonguldak in Marsch gesetzt. Die Bergarbeiter, ihre Frauen und Kinder, sie verstanden. „Wir haben die Schiffe verbrannt. Es gibt kein zurück mehr.“ – so sagen sie. Brot für die Kinder, ein Dach über dem Kopf, ein Leben untertage, das werden sie dir nur geben, wenn wir die Regierung stürzen. Und so nahmen sie von ihrer Stadt und dem umliegenden Bergbauggebiet um Zonguldak Besitz. In ihren täglichen Demonstrationen durch die Stadt bringen sie ihre Ziele zum Ausdruck: „Wir wollen Özals Kopf, den sofortigen Rücktritt der Regierung“, „Entweder sie oder wir“, „Auf der einen Seite steht Özal, auf der anderen Seite die Demokratie“. Und in der Tat, seit die Bergarbeiter im Kampf stehen, herrscht Demokratie in Zonguldak! Die so bewährte Staatsgewalt im Arbeitermord und in der Niedermetzelung ganzer kurdischer Siedlungen ist angesichts solch eines Widerstandes von Hunderttausenden machtlos. Sie muß die Bergarbeiter gewähren lassen. Deren Kampf die gesamte Türkei immer mehr erschüttert.

Der Aufruf der Bergarbeiter: „Arbeiter Hand in Hand zum Generalstreik“, „Sofortiger Rücktritt der Regierung“ erhält immer größeren Widerhall in der Türkei. So haben die Textilarbeiter, die Metallarbeiter bei sich beschlossen, sich dem Kampf der Bergarbeiter anzuschließen. Daß die Bergarbeiter jetzt auch noch die Kühnheit besitzen, ihren Kampf durch ihren vor wenigen Tagen begonnenen Marsch auf Ankara auf das ganze Land auszudehnen, um den Sturz der faschistischen Regierung zu verschnellern; um den drohenden Krieg, den Ankara zur inneren Befriedung der Türkei, wie im Schlepptau von Bonn bereit ist zu führen gegen seinen Nachbarn, den Irak, zu verhindern – macht die Lage der Herrschenden und Besitzenden so bedrohlich, daß sie jetzt die vor Monaten verweigerten besseren Arbeitsbedingungen wie mehr Lohn gerne den Bergarbeitern zugestehen möchten. Ob damit Özal seinen Kopf noch einmal retten kann, wird sich erst noch zu beweisen haben. Ob damit sich die Bergarbeiterfrauen abfinden lassen, die an der Seite ihrer Männer kämpfen und fordern, „Macht Schluß mit dem Krieg – Wir wollen keinen Krieg!“, wird sich herausstellen. Ob damit die erkämpfte Arbeiterdemokratie, die zum Sturz der Regierung aufruft, sich zufriedengibt, oder ob das „schwarze Juwel siegen wird“ – das liegt nicht nur an den heldenhaft kämpfenden Minenarbeitern von Zonguldak, sondern auch an unserer Solidarität!

Reiht euch ein in die internationale Solidarität. Macht es den spanischen und den südafrikanischen Arbeitern gleich! Unterstützt eure Arbeiterbrüder in der Türkei!

Deshalb: Sammelt Geld im Betrieb und in den Fabriken und Gruben!

Erzwingt die gewerkschaftliche Unterstützung.
Verlangt von eurer Gewerkschaft, daß sie ihren Solidaritätsbeitrag für die im Streik Stehenden in der Türkei (die ohne Streikgeld kämpfen) entrichtet.
Keine Streikbrecherkohle in die Türkei!

Schluß mit der Teil-Mobilmachung! Sofortiger Abzug der Bundeswehr aus der Türkei!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Granit

leicht gefallen Ihnen diese Almosen. Ich fühle mich dadurch zutiefst gekränkt und erniedrigt.“⁸

Derweil starteten krebskranke ukrainische Kinder ratlos auf die nackten, blonden Barbiepuppen, die aus den deutschen Spendenpaketen zum Vorschein kamen. „Keiner wird ohne Geschenkpakete aus Deutschland verhungern!“, empören sich Leningrader.⁹ Und warum sollte die Sowjetunion auch hungern? Schließlich hat sie mit 240 Millionen Tonnen Getreide die reichste Ernte ihrer Geschichte eingefahren. Das sind pro Kopf 827 Kilo, 300 Kilo mehr als der Pro-Kopf-Ernteertrag in der EWG, wo der unverkäufliche Weizen auf die unverkäuflichen Schweineberge geschaufelt werden muß (und allein in dem einen Jahr 1991 20 Milliarden für die Vernichtung der „Überschüsse“ ausgegeben werden¹⁰). Warum soll die Sowjetunion trotz dieser Rekordernte hungern? Warum muß es trotzdem leere Regale geben mit Schlangen alter Leute davor in dünnen Mänteln? Haben die Kolchosäcker, hat der Sozialismus die Menschen, zum ersten Mal seit Leningrad, wieder das Hungern gelehrt?

„Was erwartet uns? Ein kalter Winter mit Hunger für die einen und noch mehr Delikatessen in privatisierten Restaurants für die anderen. Das ist die freie Marktwirtschaft, in die wir getrieben werden“, stellt die Zeitung „Literaturnaja Rossija“ nüchtern fest.¹¹ Nicht wegen der Viertelmilliarden-Tonnen-Ernte hungern die Rentner der Sowjetunion, nicht wegen der übervollen Kolchosäcker. Sondern wegen der Marktwirtschaft. Wegen jener Marktwirtschaft, die 1941 deutsche Soldaten vor Leningrad zum massenhaften Sterben und Töten getrieben hat. Die Sowjetunion braucht keinen Weizen – „die Sowjetunion braucht ein anderes Wirtschaftssystem“, stellt Friedrich Wilhelm Christians, Aufsichtsratsvorsitzender der rußlanderfahrenen Deutschen Bank fest.¹² Genau jenes Wirtschaftssystem nämlich, das in unserem spendierfreudigen Vaterland die Kühlhäuser der EWG und die Mülltonnen hinter den Großmärkten ebenso prall füllt wie die Statistik der Hoffnungslosigkeit mit einer Million Obdachlosen¹³ und sechs Millionen offiziell Armen, die in den Mülltonnen nach Eßbarem wühlen, weil die Kühlhäuser und Getreidespeicher der EWG vor ihnen verrammelt sind.

Die Sowjetunion zerfällt. Die Republiken haben ihre „nationale Unabhängigkeit“ erklärt, obwohl die einen nur Erdöl, das man nicht trinken, und die anderen nur Kartoffeln haben, mit denen man keine Kraftwerke befeuern kann. Überall sind jämmerliche Gestalten wieder an die Macht gekrochen, die ihr Ausbeutergeschäft nur betreiben können, wenn sie an die dümmste Nationalität appellieren. Im Namen dieser Nationalität werden Moskau und Leningrad die Lebensmittel verweigert. Im Namen dieser Nationalität schlachten Aserbeidschanner Armenier ab, Moldawier Gagausen und Russen (sowie jeweils umgekehrt). Dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bank kann's gar nicht flott genug vorangehen von der Nationalität zur Bestialität. Je mehr Pogrom und Bürgerkrieg, desto eher verlangt das blutende und hungernde Chaos wieder nach der festen Hand der Deutschen Bank. Die restlose Zerschlagung der Errungenschaften von Planwirtschaft und

¹ Süddeutsche Zeitung, 15.12.1990

² Spiegel 49/1990, S. 121

³ zit. nach Konkret 1/1991, S. 47

⁴ Stern 52/1990, S. 3

⁵ zit. nach Spiegel 49/1990, S. 117

⁶ Süddeutsche Zeitung, 30.12.1990

⁷ Spiegel 50/1990, S. 162

⁸ Spiegel 52/1990, S. 113

⁹ ebda

¹⁰ Frankfurter Rundschau, 12.12.1990

¹¹ zit. nach Die Zeit Nr. 49, 30.11.1990

¹² Spiegel 1/1991, S. 72

¹³ Süddeutsche Zeitung, 10.12.1990

¹⁴ ebda

¹⁵ Spiegel 52/1990, S. 113

¹⁶ zit. nach Freitag Nr. 50, 7.12.1990

Sowjetmacht läuft, weiß der ehemalige Leningradleutnant Christians, „nicht ohne heftige, vielleicht sogar militante Reaktionen. Aber ein solches, vielleicht unvermeidbares, Chaos wird den Keim des Neuen freilegen“.¹⁴ Und das Neue wird unvermeidbar die alte Kontonummer der deutschen Kriegsverbrecher tragen.

**Wisse ein jeder:
Niemand ist vergessen
Und nichts ist vergessen**

(Inschrift auf dem Mahnmal der Stadt Leningrad)

Wer wissen will, was die Sowjetunion wirklich braucht, der darf danach nicht die Fabrikanten von Fertigsuppen fragen, die erst ihren Schund dem Roten Kreuz verkaufen und dann mit der Spendenquittung ihre Steuern halbieren. Der muß die fragen, die keine Suppe haben: die alten Frauen, die damals in Leningrad Mütter waren und jetzt nur noch ihre Orden aus Blech, die Erinnerung und die Gräber ihrer Kinder besitzen. Der soll die überlebenden Zwangsarbeiter der Firma Daimler fragen, die von der nie einen Pfennig Entschädigung bekamen und jetzt Danke sagen sollen für 12 LKWs, die ihre alten Unterdrücker spenden. Bei denen, die von ihrer Arbeit und ihrem Widerstand leben müssen, wird er eine sehr einfache und völlig klare Haltung finden:

„Betagte Veteraninnen lehnten gar Geschenke vom einstigen Todfeind ab.“¹⁵

Nur das besiegt den Hunger – daß man sich wehrt gegen die, die am Hunger verdienen.

„In diesen Tagen zeigte das beliebte Leningrader Fernsehprogramm ‚600 Sekunden‘ Reportagen über das Leben eines deutschen Rentners, der im Krieg zu den Belagerern gehörte und über das eines Leningrader Kriegsveteranen. Der Sieger wurde zum Verlierer, der Verlierer zum Sieger. Die Schlußfolgerung des Reporters war kurz: ‚Nieder mit der Macht, die unser Land in einen so erbärmlichen Zustand gebracht hat‘.“¹⁶

Das ist die einzige Hilfe, die die Sowjetunion von den Söhnen und Töchtern der Belagerer Leningrads wirklich verlangt: Daß wir den Wohltätern ihre Spendenquittungen zurückstopfen in den geschwollenen Hals; daß wir begreifen: Jede Mark Spende „Winterhilfe“ ist eine Mark für Pogrom und Bürgerkrieg in der Sowjetunion. Nicht, indem wir auf jede Mark Tarifierhöhung, die wir hier nicht erkämpft haben, noch eine Mark „Rußlandhilfe“ drauflegen, nicht, indem wir zuschauen, wie mit dem Ertrag unserer Arbeit, unseren Spenden, Renten, Löhnen und Krankenkassenbeiträgen „deutsches Volkstum“ und „freie Marktwirtschaft“ im Osten finanziert werden – nicht damit helfen wir der Sowjetunion. Sondern indem wir uns dagegen wehren. Helft Leningrad: Stoppt die Winterhilfe!

So helfen wir Leningrad, indem wir uns selber helfen.

F. Behrendt

Hände weg vom Golf!

Kein Jahr nach der gewaltsamen Aneignung der DDR hat die Bonner Regierung die Teil-Mobilmachung angeordnet und eingeleitet. Der Tag des Krieges ist schon angestrichen im Kalender. Es ist der 15. Januar. (Ist er in deinem Kalender auch angestrichen? Und sind auch die viel zu wenigen Tage davor angestrichen, die dir und uns allen noch bleiben, um Halt! zu schreien?) Die Toten sind schon ausgerechnet, die Säрге aufgestapelt. In den Gefallenenlisten müssen nur noch die Namen eingetragen werden. (Du kennst keinen von denen, die da fallen werden? Es sind Arbeiter, Hirten, kleine Leute. Ihre Mütter haben sie nicht geboren, damit sie töten und sterben für fremdes Öl.) Das US-Kriegsministerium rechnet mit 30 000 toten US-Soldaten in den ersten 20 Tagen. 100 000 Irakis sollen allein bei der Bombardierung Bagdads sterben. (Frankfurter Rundschau, 20.12.1990) Ist alles schon gelaufen und nicht mehr aufzuhalten?

Wir wissen es nicht. Wir wissen nicht, ob der angekündigte Völkermord an genau dem Tag beginnen wird, den die Kriegsverbrecher dafür im Kalender angestrichen haben. Wir wissen nicht, wer als erster schießen wird. Eines wissen wir: Nur die halten das Unaufhaltbare noch auf, die am Völkermord nichts verdienen. Und wir wissen: Wer schweigt, macht das Unaufhaltbare erst wirklich unaufhaltbar. Und sich mitschuldig.

Gestern hießen die Vorwände noch: Befreiung Kuweits, UNO-„Solidarität“ gegen den Aggressor Saddam Hussein. Heute hält sich schon keiner mehr mit solch frommen Reden für den Sonntag auf. Heute ist Werktag: „Der Außenminister der kuweitischen Exilregierung, Scheich Nasr el Sabach, hält alle Aktionen zur Befreiung Kuweits für annehmbar, auch den Einsatz von Atombomben.“ (Süddeutsche Zeitung, 22.11.1990) Keiner widerspricht dem Scheich, der auf diese Weise seinen Harem und seine Milliarden vor dem eigenen Volk retten will. Die USA sind sowieso seiner Meinung. Egal, ob das mit Atombomben „befreite“ Kuwait hinterher nicht mehr sein wird als ein gigantisches Hiroshima im Sand der Wüste. Hauptsache: Das Öl kommt nicht in die Hand der Völker. Kein kuweitisches, kein irakisches, kein palästinensisches, überhaupt kein arabisches Volk soll sein Öl, seine Menschen, seine Zukunft selbst besitzen. Keines soll frei genug sein, seine Diktatoren selbst davonzujagen. Darüber sind sich die demokratisch gewählten Kriegsverbrecher zwischen Bonn und Washington völlig einig.

Es geht nicht nur ums Öl. Es geht um durchaus höhere und daher auch durchaus blutigere Ziele. Es geht um eine „neue Weltordnung“ (Bush). Die alte ist, nicht zuletzt dank der Annexion der DDR und der Geburt des 4. Reichs, zerbrochen. Wer nicht nur vom Öl, sondern wer von dieser „neuen Weltord-

nung“ das meiste kriegt, wer wem was wegnimmt, wer wen betrügt und dabei zusammenhält mit wem – das sollen jetzt die Völker am Golf für ihre Unterdrücker ausmachen.

**Deutsche Soldaten heim ins Reich!
Es braucht dich
im Kampf gegen das großdeutsche Reich!**

„Unsere Jungs am Golf“, erklärte jüngst ein aufgebrachteter US-Senator, „müssen sich erst durch deutsche Giftgasschwaden kämpfen, um dann die deutschen Atomfabriken zu zerstören“. (Spiegel 52/90, S. 70) Da redet zwar die Wahrheit. Aber nicht die Friedensliebe. Da redet die Konkurrenz, die der Firma Siemens, MBB, MAN und den anderen 150 westdeutschen Mordlieferanten den wohlverdienten Anteil an den Massengräbern beiderseits der Front nicht gönnt. Schließlich: Je mehr Tote auf deutsche Rechnung, desto größer der deutsche Anteil an der „neuen Weltordnung“.

Und ebensowenig spricht da die Friedensliebe, wenn Willy Brandt im Bundestag eine größere Rolle für Großdeutschland verlangt: „Mich wundert, daß hierzulande gern darauf hingewiesen wird, die erweiterte Bundesrepublik habe an Gewicht gewonnen, während angesichts einer akuten Krise wie der am Golf eher liebgewordener Provinzialismus gepflegt wird. ... Es kann ja auch ein Vorteil sein, daß deutsche Truppen nicht am Golf stehen. Es könnte den politischen Handlungsrahmen erweitern.“ (Das Parlament 46/90)

Einstweilen, und um gerade jenen von Brandt gewünschten

„politischen Handlungsrahmen“ zu erweitern, und um nicht nur für den Frieden ausgerüstet zu sein, schickt man 18 westdeutsche Bomber mit 300 deutschen Kriegern an die türkisch-irakische Grenze (die türkische Regierung hat, nach Auszahlung von 6,5 Milliarden Rüstungs„hilfe“, begriffen, daß sie endlich und gefälligst darum bitten soll), neben den Panzern und Kriegsschiffen samt Besatzung, die man vor Wochen schon entsandte. Großdeutschland hat ja, wie immer die Sache läuft, schon jetzt daran verdient und im übrigen Zeit genug. Jeder Tag, ob Krieg oder Frieden, den Dollars und GIs in der Wüste schmoren, macht Washington schwächer und Bonn stärker. Schon höhnt das deutsche Bürgertum in seinen Leitartikeln: „Ohnehin: Was heißt heute noch Supermacht? Militärisch können sich Amerikaner und Russen wohl noch so nennen. Aber wirtschaftlich, sozial, technologisch sind beide notleidend. ... Das Drama der Sowjetunion steht allen täglich vor Augen; das Drama Amerikas vollzieht sich weithin außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung, ist aber darum nicht weniger ernst. Wie soll schon eine Nation Weltpolizist spielen, die den Sheriff nicht aus eigener Tasche bezahlen kann?“ (Die Zeit Nr. 1, 28.12.1990)

Die Zeit, die die nadelgestreiften Völkermörder haben, haben wir nicht. Wir keine Minute zu verlieren, um uns klarzumachen: Es ist auch unsere Unterdrückung, die zunimmt, wenn unsere Unterdrücker stärker werden. Es ist auch unsere Freiheit, die am Golf zerschossen wird. Wehren wir uns – gemeinsam mit den Völkern der USA, dem irakischen, dem palästinensischen, dem kuwaitischen und allen anderen Völkern der Welt:

Hände weg vom Golf!

Westdeutsches Militär raus aus der Türkei!

Deutsche Soldaten heim ins Reich –

Es braucht dich im Kampf gegen das großdeutsche Reich!

Die Waffenhändler hinter Gitter!

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Es lebe die internationale Solidarität!

**Heraus in Massen
Beteiligt euch an den Demonstrationen!**

(Siehe örtliche Ankündigungen)

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Flugschrift der Kommunistischen Arbeiterzeitung (Januar 1991). Druck und Verlag Das Freie Buch, Tülbeckstr. 4, 8000 München 2.

**KOMMUNISTISCHE
ARBEITERZEITUNG**